Sahel-Region im Zentrum der Initiative für verfolgte Christen

28. November 2019



Berlin (KNA) Die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit “ will in diesem Jahr besonders auf Gefahren für die Religionsfreiheit in der Sahel-Region aufmerksam machen. Bei der Vorstellung einer Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz am Mittwoch in Berlin verwies der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick auf wachsenden Druck durch muslimische Fundamentalisten und islamistische Terrororganisationen wie IS und Boko Haram. „Die brutale Gewalt richtet sich auch und bevorzugt gegen Kirchen und Vertreter von Religionsgemeinschaften“, beklagte der Vorsitzende der Kommission Weltkirche.

Nicht zuletzt der starke Einfluss Saudi-Arabiens und die Förderung des radikal-wahhabitischen Islam führten zu wachsenden Spannungen zwischen Christen und Muslimen, so der Erzbischof weiter. Schwerpunktland der vom katholischen Hilfswerk missio unterstützen Initiative ist in diesem Jahr der Tschad. Das Land stehe vor der Gefahr einer „voranschreitenden Islamisierung und Arabisierung“, warnte Schick. Dadurch gerate das „traditionell harmonische“ Zusammenleben in Gefahr.

Nach den Worten des Erzbischofs der Hauptstadtdiözese N'Djamena, Edmond Djitangar, herrscht in dem Land zwar formal Religionsfreiheit, faktisch gebe es aber eine voranschreitende Islamisierung. Wer politisch Karriere machen wolle, müsse seine christliche Religionszugehörigkeit besser verbergen. Auch die Bildungspolitik werde mehr und mehr muslimisch geprägt. Im Selbstverständnis von Nation und Regierung gebe es keine klare Trennung zwischen Staat und Religion, so Djitangar. Er charakterisierte die aktuelle Entwicklung mit den Worten: „Im Norden werden zaghaft Kapellen gebaut, im Süden vermehren sich Moscheen wie Champignons, dank der massiven finanziellen Unterstützung der Länder am Persischen Golf."

Schick berichtete von einem Besuch im Sommer, bei dem er eine zunehmende Islamisierung beobachtet habe. Besonders seit der Einführung der VI. Republik im Mai 2018, „die faktisch eine uneingeschränkte Macht des Präsidenten festschreibt", habe sich das Verhältnis unter den Religionsgemeinschaften verschlechtert: „So werden Ministerämter meist an Muslime vergeben, islamischen Fernsehprogrammen werden vergleichsweise viel Zeit eingeräumt, die Weihnachts- und Osterferien an staatliche Universitäten werden nicht mehr berücksichtigt."

missio-Präsident Dirk Bingener hob zugleich Initiativen hervor, die sich der Entwicklung entgegenstellten. Dazu zähle etwa das Al-Mouna-Zentrum in N'Dajamena, in dem Angehörige aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für eine Verteidigung der menschlichen Würde und der grundlegenden Freiheitsrechte der Menschen einträten.

Schick betonte weiter: „Wir setzen uns für die Christen exemplarisch, aber nicht exklusiv ein." Die katholische Kirche in Deutschland gedenkt der verfolgten Christen weltweit traditionell am 26. Dezember, dem Gedenktag des Märtyrers Stephanus.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - tllmr-89-00121)

Stand: 16. November 2026